

Katastrophenfall: *Bundesregierung will Bevölkerung zu Hamsterkäufen raten*

Quelle: [Spiegel online vom 21.08.2016](#)



Zum ersten Mal seit 1989 will die Bundesregierung einem Bericht zufolge dazu raten, Vorräte anzulegen. Die Bevölkerung soll sich bei Angriffen oder Katastrophen selbst mit Essen und Wasser versorgen können.

- *"Die Bevölkerung wird angehalten, einen individuellen Vorrat an Lebensmitteln von zehn Tagen vorzuhalten",*

zitiert die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" aus einem Konzept für die zivile Verteidigung, das die Regierung am Mittwoch beschließen wolle.

Bundesinnenminister *Thomas de Maizière* (CDU) werde die Pläne nach der Kabinettsitzung auch der Öffentlichkeit vorstellen, sagte ein Ministeriumssprecher am Sonntag. Über Inhalte des Konzepts machte er keine Angaben.

Dem ["FAS"-Bericht zufolge](#) soll die Bevölkerung im Notfall zum Selbstschutz fähig sein, bevor staatliche Maßnahmen anlaufen, um eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Energie und Bargeld sicherzustellen. Daher solle die Bevölkerung auch angehalten werden, zur Erstversorgung für einen Zeitraum von fünf Tagen je zwei Liter Trinkwasser pro Person und Tag vorzuhalten, heiße es in dem vom Bundesinnenministerium erarbeiteten Text.

Laut ["FAS"](#) handelt es sich um die erste Strategie zur zivilen Verteidigung seit dem Ende des Kalten Krieges 1989. Sie war 2012 vom Haushaltsausschuss des Bundestages in Auftrag gegeben worden. In dem 69 Seiten langen Konzept heiße es,

- *"dass ein Angriff auf das Territorium Deutschlands, der eine konventionelle Landesverteidigung erfordert, unwahrscheinlich" sei. Dennoch sei es nötig, "sich trotzdem auf eine solche, für die Zukunft nicht grundsätzlich auszuschließende existenzbedrohende Entwicklung angemessen vorzubereiten".*

Damit wird die Bedrohungslage wie im Weißbuch der Bundeswehr dargestellt.

Laut ["FAS"](#) heißt es in dem Konzept zur zivilen Verteidigung, dass sogenannte "hybride Konflikte", bei denen ein Gegner etwa Computerviren oder Sabotage einsetzt, als größte Gefahr gelten würden. Solche Angriffe könnten schwere Schäden anrichten - und sie könnten mit konventionellen und Massenvernichtungswaffen kombiniert werden, wenn ein Konflikt eskaliert. Mit diesen Annahmen wird auch bei der Nato geplant. Deshalb hätten sich beim jüngsten Sicherheitsgipfel in Warschau die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ihre zivile Widerstandskraft gegen unkonventionelle Bedrohungen zu stärken, heißt es in der Zeitung.

Wie die ["FAS"](#) weiter schreibt, fordern die Autoren des geplanten Zivilverteidigungskonzeptes "einen offenen gesellschaftlichen Diskurs" über das erforderliche Schutzniveau und die Bereitschaft der Bürger, Risiken hinzunehmen.

anr/AFP